

Berlin, 5. November 2015

Aktion Freiheit statt Angst e.V. • Rochstr. 3 • D-10178 Berlin

An die  
Ministerpräsidenten der Länder

### Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung

Sehr geehrte Damen und Herren,

am morgigen Freitag wird der Bundesrat unter TOP 6 die geplante Neueinführung einer Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikations-Verbindungsdaten behandeln.

Diese anlasslose, pauschale und weit reichende Vorratsdatenspeicherung ist offensichtlich nicht mit den Anforderungen des Bundesverfassungsgericht, noch viel weniger mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (siehe dort insbesondere die Randnummern 57-59) vereinbar. Diese Einschätzung wird von zahlreichen anerkannten Rechtsexperten bis hin zum wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags vertreten.

Im Bundesrat morgen wird der Antrag zur Einsetzung eines Vermittlungsausschusses gestellt werden und damit haben Sie als Vertreter der Menschen in Ihrem Bundesland die Gelegenheit, einen Diskussions- und Auseinandersetzungsprozess mit der Bundesregierung in Gang zu setzen, der für diejenige öffentliche, inhaltliche und sachliche Auseinandersetzung sorgen würde, die ein erneutes Desaster solch einer Gesetzgebung vor den höchsten Gerichten verhindern kann.

Aktion Freiheit statt Angst e.V. möchte Sie darum bitten, die Gelegenheit zu nutzen und morgen im Bundesrat für die Einsetzung eines Vermittlungsausschusses zu stimmen.

Eine erneute verdachtsunabhängige und wahllose Vorratspeicherung aller unserer Kontakte und Bewegungen ist die am tiefsten in die Privatsphäre eingreifende Überwachungsmaßnahme in der Geschichte der Bundesrepublik. Das vom Bundestag beschlossene Gesetz ist unverhältnismäßig, Datenauskünfte über Internetnutzer sind nicht auf schwere Straftaten beschränkt und die Schutzmaßnahmen für Berufsgeheimnisträger sind unzureichend. Zivilgesellschaft, Berufsverbände und die Wirtschaft laufen einhellig Sturm gegen dieses Vorhaben. Deutschland muss der NSA-Methode einer Totalerfassung des digitalen Lebens eine klare Absage erteilen, statt sie zu kopieren!

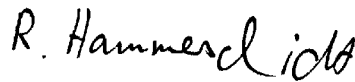
Auch möchten wir auf die Ergebnisse von Gesprächen im Rahmen der "Freedom Not Fear"-Tage mit der EU-Kommission vom 16.10.2015 in Brüssel hinweisen, wonach diese durchblicken ließ, durchaus ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland in Erwägung zu ziehen, falls die Gesetzgebung in dieser Form Gesetzeskraft erlangen sollte - wenn auch eventuell nicht nur aus den Bedenken bzgl. der Verletzung europäischer Grundrechte heraus, sondern zusätzlich aus wettbewerbsrechtlichen Gründen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Mathilde Furtner



Dr. Rainer Hammerschmidt

Seite: 1 / 1

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel u. Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG BLZ: 43060967 Kontonr.: 1105204100 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC: GENO DE M 1 GLS Bitcoin-Konto: 1JZeVXdZ19oyTJZ3SUUX8wsdzSq2MgC6pW	<b>Ko-Kreis (Vorstand)</b> Sophie Behrendt und Mathilde Furtner Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Nr. VR 28834 B	EU Transparenzregister: 17019643006-45	Steuernummer: 27/659/52868